

8622/J XXVII. GP

Eingelangt am 17.11.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

Des Abgeordneten Lausch
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport
betreffend seit mehr als zwei Jahren wird die Ermöglichung der Schwerarbeiterregelung für Justizwachebeamte hinausgeschoben

Am 3. Juli 2019 wurde eine Entschließung des Nationalrates betreffend Ermöglichung des Zugangs zur Schwerarbeiterregelung für Justizwachebeamte (89/E) mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP, SPÖ und JETZT, der damaligen Fraktion der heutigen Justizministerin, angenommen. Einzig die NEOS sprachen sich gegen den Antrag aus.

Bereits mit der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3798/J vom 14. Oktober 2020 betreffend die Ermöglichung des Zugangs zur Schwerarbeiterregelung für Justizwachebeamte wurde mitgeteilt, dass Verhandlungen zwischen den fachlich zuständigen Bediensteten der Dienstrechtssektion meines Ressorts und jenen der Generaldirektion für den Strafvollzug aufgenommen wurden. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

In der Anfragebeantwortung vom 16.Juni 2021 haben sie geschrieben, dass Verhandlungen zwischen den fachlich zuständigen Bediensteten der Dienstrechtssektion des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport und jenen der Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen aufgenommen wurden. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport folgende

Anfrage

1. Sind Verhandlungen betreffend Ermöglichung der Schwerarbeiterregelung analog der Sicherheitswache der Polizei für die Justizwache zwischen dem BMKÖS, BMJ und der GD in der Zwischenzeit abgeschlossen?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
 - c. Wenn nein, woran liegt es, dass diese Verhandlungen immer noch nicht abgeschlossen sind?

2. Steht schon fest, wieviel Zeit diese Verhandlungen noch in Anspruch nehmen werden?
3. Was ist seit der letzten Anfrage 6330/J vom 16.4.2021 bis zur Beantwortung dieser Anfrage dahingehend passiert?
4. Wurden schon rechtliche Rahmenbedingungen bzw. Voraussetzungen erarbeitet?
 - a. Wenn ja, wird diese Erarbeitung auch der Personalvertretung zur Verfügung gestellt?
5. Wird es einen Zwischenbericht geben, der den Mitgliedern des Sozial-, Gesundheits- und Justizausschusses übermittelt wird?
 - a. Wenn ja, wann?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
6. Mit wem in der Bundesregierung haben Sie ebenfalls Verhandlungen aufgenommen?
7. Haben Sie diesen breit unterstützten Entschließungsantrag auch im Ministerrat besprochen?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
 - c. Wenn nein, wann werden Sie diesen Entschließungsantrag im Ministerrat besprechen?
8. Wurden auch mit dem Finanzminister darüber Gespräche oder Verhandlungen geführt?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
9. Ab wann soll den Justizwachebeamten der Zugang zur Schwerarbeiterregelung, analog der Sicherheitswache der Polizei, ermöglicht werden?
10. Wird es beim Zugang zur Schwerarbeiterregelung für Justizwachebeamte Abstufungen nach geleisteten Schicht und Wechseldienst, Nachdienste, Sonn- und Feiertagdienste, die Großteils im Exekutivdienst geleistet werden, geben?
11. Ist zu erwarten das Justizwachebeamte nach Einführung der Schwerarbeiterregelung vermehrt in den Ruhestand gehen werden?